



Wirtschaftstreuhänder gegen neue Vermögenssteuer KWT-Präsident Hübner: ÖGB-Steuerkonzept belastet den Mittelstand

Wien – Die Vorschläge zur Finanzierung des Steuerreformkonzepts des ÖGB sind nach Meinung des Präsidenten der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Klaus Hübner, unrealistisch und bedeuten eine massive Belastung des Mittelstandes. Überdies habe das Papier auf die unbedingt notwendige Entlastung der Wirtschaft bei den viel zu hohen Lohnnebenkosten vergessen.

Im Ansatz zu begrüßen sei die von ÖGB und AK vorgeschlagene Tarifreform, die in wesentlichen Teilen dem Steuerreformplan der Kammer der Wirtschaftstreuhänder entspreche, sagte Hübner in einer ersten Reaktion auf das Reformpapier der Arbeitnehmerorganisationen. Die Vorschläge zur Schaffung der nötigen Manövriermasse für die Steuerreform gehen nach Meinung Hübner allerdings an der Realität vorbei.

Die Arbeitnehmervertreter wollen ein Drittel der notwendigen sechs Milliarden Euro aus vermögensbezogenen Steuern und der Streichung von Ausnahmen im Steuersystem lukrieren, schließen aber die Besteuerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld aus. Besteuert werden sollen große Vermögen, Erbschaften, Schenkungen und Stiftungen. Eine Erhöhung der Grundsteuer lehnen die Arbeitnehmervertreter ab, weil diese auf die Mieten durchschlagen würde.

Die Wirtschaftstreuhänder lehnen die Einführung neuer Steuern grundsätzlich ab, bevor nicht alle Möglichkeiten zur Einsparung von Staatsausgaben ausgeschöpft sind. Vermögensbezogene Steuern können nach Meinung der Wirtschaftstreuhänder nur dann einen substanziellen Ertrag bringen, wenn sie nicht nur die viel zitierten Millionäre, sondern den Mittelstand und die mittelständische Wirtschaft treffen und damit den Wirtschaftsstandort schwächen. Von der von allen Experten geforderten Entlastung der Wirtschaft bei den Lohnnebenkosten sei in dem bisher vorliegenden Papier überhaupt keine Rede, kritisiert Hübner. Und auch auf die Einbeziehung der Sozialversicherungsabgaben in den Steuertarif, wie das die Wirtschaftstreuhänder als essentielle Vereinfachung vorgeschlagen haben, sei vergessen worden.

Als unrealistisch bezeichnet Hübner die Vorstellung der Arbeitnehmervertreter, dass eine weitere Verschärfung der Betrugsbekämpfung eine Milliarde für die Steuerreform erbringen würde. Das hieße, dass die Behörden bisher lax vorgegangen wären wovon tatsächlich nicht die Rede sein könne. Und auch die Hoffnung, dass sich fast eine Milliarde über den steigenden Konsum quasi selbst finanziere, verweist Hübner in diesem Ausmaß in den Bereich des Wunschenkens.

„Es wäre an der Zeit, ernsthaft über Reformen und Einsparungen zu reden und damit das nötige Volumen für eine Steuerreform zu schaffen und diese dann in Etappen umzusetzen, anstatt Wunschvorstellungen zu publizieren, die der Realität nicht standhalten“, kritisiert Hübner abschließend.

Rückfragehinweis:

Heinrich Mathis
Leitung PR & Marketing
Kammer der Wirtschaftstreuhänder
Tel. 01/811 73 245
Email: mathis@kwt.or.at